

AZB  
CH-8031 Zürich  
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:  
GSoA, Postfach, 8031 Zürich  
adressen@gsoa.ch

**GSoA** **GSOA-ZITIG NR. 197**  
MÄRZ 2024

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

#### **Volksinitiative in den Startlöchern**

Die Vorbereitungen zur Lancierung unserer neuen nationalen Volksinitiative laufen auf Hochtouren. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, die Schweiz muss den Atomwaffenverbotsvertrag endlich unterzeichnen. SEITE 2

#### **Viola Amherd als Bundespräsidentin**

F-35, RUAG-Skandal(e), blinde Aufrüstung, Vetternwirtschaft: Kaum eine andere Politikerin ist trotz einem solchen bunten Strauss an Skandalen so beliebt und unangefochten. SEITE 3

#### **Für gerechten Frieden**

Die von der GSoA mitorganisierten Friedenskundgebungen in Zürich, Bern, Genf und Basel waren ein voller Erfolg. Unsere Position(en) und unsere Diskussionen zum Krieg in Israel/Palästina. SEITEN 2/4/6



SAVE THE DATE

**OSTERMARSCH IN BERN**

**1. APRIL 2024**

SEITE 2

# FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG



Liebe Leser\*innen

Es ist bei weitem nicht so, als ob vor drei Jahren auf dem ganzen Planeten Frieden geherrscht hätte. Doch so grotesk es klingen mag, bei den damaligen GSoA-internen Diskussionen um ein neues Initiativprojekt hatte die Idee einer dritten Armeeabschaffungsinitiative durchaus Aktien. Als es uns dann die Initiative gegen den F-35 reinschnittete, war klar, dass diese Idee bis auf weiteres auf Eis gelegt ist. Doch geschah das damals noch nach dem Motto «aufgeschoben, nicht aufgehoben». Rund ein halbes Jahr später war die Welt sprichwörtlich eine ganz andere. Der Ukraine-Krieg läutete – so sagen es unsere Gegner\*innen – eine politische Zeitenwende ein. Auch wenn es mir zutiefst widerstrebt, muss konstatiert werden: Eine Schweiz ohne Armee bleibt ein Ziel in weiter Ferne. Mit dem brutal tobenden Gaza-Krieg kam ein weiterer Faktor dazu, der unser Ziel politisch nicht gerade greifbar macht. Doch mit unserer tagtäglichen Arbeit und mit Ihrer so grossen Unterstützung, liebe Leser\*innen, leisten wir Gegensteuer und schaffen Boden, auf dem eines Tages wieder eine friedvollere Welt gesät werden kann. So widmet sich diese Zeitung zu grossen Teilen den aktuellen Konflikten, indem wir darlegen, was schief läuft und aufzeigen, was unsere Positionen und Rezepte zur Erlangung von Frieden sind (Seiten 3, 4 und 6). Nebst internationalen Kriegen und Geschehnissen werfen wir aber auch einen Blick ins Innere, wo weiter munter aufgerüstet wird (Seite 2,3 und 5). Nicht zuletzt informieren wir über den Stand der Dinge bei unserer geplanten Volksinitiative zur Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags (TPNW). Hier werden schon bald helfende Hände benötigt, um ebendiesen «Kampf» für Frieden und Abrüstung tatkräftig zu führen.

Ich wünsche eine gute Lektüre

Joris Fricker  
und das ganze Redaktionsteam

#### Impressum

**Redaktionsteam:** Anja Gada, Andreas Weibel, Fabio Briante, Kilian Bello, Joris Fricker, Josef Lang, Jonas Heeb, Lukas Burgi, Martin Parpan, Oger, Pauline Schneider, Roxane Steiger, Noemi Buzzi, Noëmi Holtz, David Croll

**Cartoons:** Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auf-  
lage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliedsbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/ Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser\*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen der Creative Commons-Lizenz CC BY-ND-NC 4.0. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

#### FRIEDENSKUNDGEBUNGEN

## Für Frieden auf die Strasse

**Im Oktober ist die Gewalt in Israel/Palästina eskaliert. Angesichts der schrecklichen Ereignisse hat die GSoA gemeinsam mit anderen Organisationen zu einem Ende der Gewalt aufgerufen und diverse Kundgebungen für einen gerechten Frieden organisiert.** JORIS FRICKER

Es ist selbsterklärend: Eine jede pazifistische Person wünscht sich, für Frieden irgendwann nie mehr auf die Strasse gehen zu müssen. Solange Frieden noch nicht weltweite Tatsache ist und es die Situation verlangt, so stehen wir – gerade als GSoA – für Frieden, Völkerrecht und Menschenrecht ein. So einfach ein Einstehen für Frieden klingen mag, so kompliziert ist es in der Praxis – insbesondere in diesem Krieg. Der Angriff der Hamas auf israelische Zivilist\*innen und die israelischen Vergeltungsschläge veranlassten uns zum Handeln. Kopferbrechend darüber, wie in diesem heiklen politischen Umfeld friedlich und respektvoll demonstriert werden kann, entwickelten wir als GSoA zusammen mit der jüdischen Stimme für gerechten Frieden und Demokratie in Israel/Palästina (JVJP) und Amnesty Schweiz eine geeignete Kundgebungsform.

#### AUF ZÜRICH FOLGTEN BERN, GENÈVE UND BASEL

Am 2. November 2023 führten wir in Zürich auf dem Bürkliplatz die erste Kundgebung für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina durch. Peace-Fahnen und Kerzen waren erlaubt, Nationalflaggen und eigene Plakate verboten. Auch eine Schweigeminute war Teil des Programms, um allen Opfern der Gewalt zu gedenken. Über 1000 Personen folgten dem Aufruf. Wenige Wochen später mobilisierten wir für eine überregionale Kundgebung in Bern. Wir konnten Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss als Rednerin gewinnen, die unseren Ansatz unterstützte. 1000 Friedensaktivist\*innen trotzten dem Regen und versammelten sich auf der Schützenmatte. Eine Woche später fand in Genf ebenfalls eine Kundgebung statt mit gleichem Konzept und Bündnis – auch hier war die ehemalige Bundes-

rätin Ruth Dreifuss als Rednerin dabei. Ende Dezember komplettierte eine Mahnwache in Basel diese Serie von Friedensprotesten. Innert kürzester Zeit konnte ein Gefäss geschaffen werden, in dem Menschen ihren Friedenswunsch und ihre Anteilnahme mit allen zivilen Opfern äussern und alle Kriegsverbrechen verurteilen konnten.

#### BÜNDNIS FÜR GERECHTEN FRIEDEN

Wie eingangs erwähnt, kristallisierte sich letztlich ein Trio aus Amnesty, JVJP und der GSoA heraus, welches sich der konkreten Organisation und Positionsfindung widmete. Doch was die Kundgebungen so bedeutungsvoll und stark machten, waren letztlich das grosse Bündel an Organisationen, die den Aufruf unterstützten und für die Kundgebungen mobilisierten. Neben den bereits genannten waren dies: Gerechtigkeit und Frieden in Palästina GFP, Frieda – die feministische Friedensorganisation, Swiss Jews against the Occupation, Ina outra senda – Swiss Friends of Combatants for Peace, Schweizerischer Friedensrat, Brava, FriedensFrauen Weltweit.

Alle Infos zu unseren Positionen, Aktionen und Kundgebungen finden sich unter <https://gsoa.ch/kategorie/international/israel-palaestina/>

#### VOLKSINITIATIVE

## Unterstütze unsere Initiative gegen Atomwaffen!

**Die GSoA startet voller Elan mit einem neuen Initiativprojekt in das neue Jahr. Seitdem die Vollversammlung im November die Volksinitiative für den Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) beschlossen hat, steckt das Sekretariat mitten in den Vorbereitungen, um die Initiative voraussichtlich im Sommer lancieren zu können. Wir schmieden Allianzen, schreiben Argumentarien und versuchen möglichst viele Menschen für unser Anliegen zu gewinnen.** ROXANE STEIGER

Auch wenn sich die Unterzeichnung eines Vertrages etwas trocken anhören mag: es geht um viel. Denn Atomwaffen stellen eine der grössten Bedrohungen für Mensch und Natur dar. Die weltweiten Ausgaben für Atomwaffen sowie die Zahl einsatzfähiger Atomsprengkörper nehmen seit einigen Jahren wieder zu. Die Gefahr einer nuklearen Eskalation scheint damit so gross geworden zu sein, wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Für uns ist klar: Wettrüsten und Abschreckung durch Atomwaffen können keine Lösung sein. Nur Abrüstung kann uns in der Schaffung und Sicherstellung von Frieden weltweit weiterbrin-

gen. Somit kommt dem Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) als wichtigster internationaler Abrüstungsvertrag unserer Zeit eine bedeutende Rolle zu. Dass die Schweizer Regierung die Unterzeichnung seit Jahren hinausschiebt, ist angesichts der humanitären Tradition der Schweiz ein Skandal. Gemeinsam mit einer breiten zivilgesellschaftlichen Allianz fordern wir deshalb, dass die Schweiz mit der Unterzeichnung des TPNW einen Beitrag für eine friedlichere Welt leistet.

Eine solche Initiative auf die Beine zu stellen, kostet viel Ressourcen und Geld. Deshalb sind wir auch auf deine Unterstützung ange-

wiesen, um dieses Projekt zu realisieren. Komm an die nächste Koordinationssitzung oder das nächste Regionalgruppentreffen in deiner Nähe, um mehr über das Initiativprojekt und Mitwirkungsmöglichkeiten zu erfahren. Wir freuen uns auf dich.

**Nächste Koordination:** 23.03.24 im Sekretariat in Bern

#### Ostermarsch 2024

### Demilitarisierung statt Aufrüstung

Auch dieses Jahr findet am Ostermontag (01.04.2024) der alljährliche Ostermarsch in Bern statt, dieses Jahr unter dem Motto «Demilitarisierung statt Aufrüstung». Im Zentrum stehen die anhaltende globale Aufrüstung und der Irrglaube, damit mehr Sicherheit zu schaffen.

«In Zeiten bewaffneter Konflikte sind konsequente Stimmen für Demilitarisierung und Abrüstung wichtiger denn je», so heisst es im Mobilisierungstext des diesjährigen Berner Ostermarschs. Globale Aufrüstung führt nicht – wie häufig behauptet – zu mehr Sicherheit, sondern zu Instabilität und stärkerem Konfliktpotential. Es braucht eine Stärkung des Völkerrechts und seinen Institutionen statt Aufrüstung und Investitionen in Militärbündnisse.

Die GSoA beteiligt sich wie jedes Jahr an der Organisation und ruft euch alle auf, am 01. April mit uns teilzunehmen. Wir treffen uns um 13.15 Uhr bei der Eichholz Wiese und laufen anschliessend gemeinsam zum Münsterplatz, wo ab ca. 14.30 Uhr die Schlusskundgebung stattfinden wird. Wir freuen uns auf eure Teilnahme und euren Einsatz für den Frieden! *Jonas Heeb*

#### KRIEGSMATERIALGESETZ

## Referendum rückt näher

**In der letzten GSoA-Zitig berichteten wir über die drohende Aushöhlung der Korrekturinitiative. Im Dezember hat nun auch der Nationalrat der entsprechenden Motion zugestimmt. Das Referendum wird vorbereitet.** JONAS HEEB

Der genauere Sachverhalt wurde in der letzten GSoA-Zitig (Ausgabe Nr. 196) thematisiert und ist auch auf unserer Webseite abrufbar. Im Dezember stimmte auch der Nationalrat der Motion zu, welche die Errungenschaften der Korrektur-Initiative aushebeln will. Die GSoA ist beschämt über die Kehrtwende, die beide Kammern innerhalb von weniger als drei Jahren vollzogen haben. Am Tag der Beratung im Nationalrat begaben wir uns vors Bundeshaus und zeigten in einer Fotoaktion Justitia (die Göttin

der Gerechtigkeit), wie sie dem Kriegsmaterial mehr Gewicht gibt als den gesetzlichen Bestimmungen.

Wir sind nun daran, das Referendum vorzubereiten. Ganz sicher ist die Gesetzesänderung noch nicht: Der Bundesrat wird nun eine Botschaft ausarbeiten, die wiederum von beiden Räten angenommen werden muss. Aufgrund der bisherigen Abstimmungsergebnisse ist aber leider von einer Annahme der Botschaft auszugehen.

PRÄSIDENTIALJAHR AMHERDS

## Skandalnudel am Ruder für 2024

Mit dem üblichen Rummel um die Bundesratswahlen ging beinahe unter, wer der offiziellen Schweiz ab diesem Jahr präsidential vorsteht. Viola Amherd ist kein Unschuldslamm und das gehört benannt. JORIS FRICKER

Viola Amherd, als Walliserin per Definition beliebt. Als Person eher schüchtern und als Politikerin geschätzt, weil sie zur Schweiz passt, wie keine andere. Denn wer nach aussen den spassigen Grüssaugust spielt, kann hintendurch problemlos Spiele spielen. Dem darf doch der eine oder andere gravierende Fauxpas durchgehen – fraglos zum Leidwesen der GSoA und der gesamten Schweizer Bevölkerung.

### F-35: DER TOTGESCHWIEGENE JAHRHUNDERTSKANDAL

Dass es in der Schweiz keine Abstimmung über eine gesammelte und mit 100'000 gültigen Unterschriften eingereichte Initiative gibt, hat meistens folgende Gründe: Entweder sie ist rechtlich ungültig oder ihr wurde ein Gegen-

vorschlag gegenübergestellt, der «verhebt» und die Initiant\*innen zum Rückzug veranlassen. Dass keines der beiden Szenarien eingetroffen ist und die Initiative dennoch zwangsweise zurückgezogen wird, kommt selten vor und wenn, dann kann das nur von einem Skandal flankiert geschehen. Noch Mitte Februar 2022 versprach die Bundesrätin Amherd in der Armeebotschaft, dass der Ausgang unserer Stop F-35 Initiative auf jeden Fall abgewartet würde. Nur wenige Monate später sprach Amherd überzeugt, dass sie nach dem JA des Parlamentes den Vertrag mit Lockheed Martin für den milliardenschweren Kampfflieger ohne Abwarten der Volksabstimmung unterzeichnen würde. Dies führte letztlich zum Rückzug unserer Initiative. Es ist nicht nur ein unverzeihlicher

Wortbruch, es ist nichts weniger als die Umgehung eines demokratischen Volksentscheides. Man wage zu behaupten, dass ein solcher Entscheid in anderen Ländern eine Staatskrise ausgelöst hätte. Hierzulande aber schweigt alles. Von der bürgerlichen Presse bis in den Wahlkampf. Niemand will über diesen Riesenskandal sprechen und da wundert es auch nicht, dass Viola Amherd mit ansehnlichem Resultat in ihrem Amt bestätigt wurde.

### AUFRÜSTUNGSORGIE UNTER AMHERD

Mit dieser Mentalität und dem fehlenden Respekt gegenüber der politischen Minderheit in Volk und Parlament fällt Amherd auch ihre Entscheide in der (Auf-)Rüstungspolitik. Im gleichen Atemzug, in dem die Stop F-35 Initiative versenkt wurde, durfte Amherd mit dem Segen der Bürgerlichen munter die – notabene – illegal zu grosse Armee aufrüsten. Vor nichts schreckt Amherd zurück. Der Armeeführer Thomas Süssli darf, so scheint es, munter Wunschlisten schreiben und diese gleich medial präsentieren. Während Amherd selbst im Bundesrat jegliches

Stützen der Armeekosten, die bis 2035 auf 1% des BIP wachsen sollen, abzuwehren versucht. Wenn gespart wird, dann ihretwegen in der sozialen Wohlfahrt und auf keinen Fall bei der Armee.

### RUAG ET AL: CHAOS UND VETTERNWIRTSCHAFT

Als ob das nicht schon genug wäre, so glänzt die aktuelle Bundespräsidentin auch mit angeblich kleineren Skandalen. Wer schon eine direktdemokratische Abstimmung mit einer Unterschrift hat verhindern können, der kommt auch ziemlich ungeschoren davon, wenn bei der RUAG derart der Laden brennt, dass schimmelnde Panzer (von denen 15 vergessen gingen) an Deutschland zurückverkauft werden oder per Zufall der Schwager der engsten Vertrauten bei der RUAG dem Verwaltungsrat vorsitzt. Klar ist, das Jahr unter Amherd hat das Potential zum Zirkus. Ob dies medial interessiert, kann in Anbetracht vergangener Ereignisse aber bezweifelt werden.

FRIEDENSGESPRÄCHE

## Eine nebulose Friedenskonferenz

Eine Werbeaktion oder ein echter Versuch, den Krieg in der Ukraine zu beenden? NOEMI BUZZI

Die Aussichten auf einen militärischen Sieg in der Ukraine (der einen oder anderen Seite) nach zwei Jahren Krieg sind gering. Angesichts der aktuellen geopolitischen Entwicklungen wird befürchtet, dass die westlichen Alliierten langsam das Interesse an der Unterstützung kostspieliger militärischer Einsätze gegen Russland verlieren. Jedes Ergebnis, das dazu beiträgt, dass die Ukraine nicht vorzeitig in Vergessenheit gerät, würde daher ihrerseits als Vorteil angesehen werden.

Bisher war die Schweiz bei der humanitären Unterstützung der Ukraine eher zögerlich und knausrig und ist erheblich in Rückstand geraten. Warum also sollte sie nun bereit sein, noch in diesem Jahr einen Friedensgipfel zu organisieren? Wahrscheinlich, weil Selensky explizit darum gebeten hat und Bern öffentlich zeigen will, dass die Schweiz bei gewaltsamen Auseinandersetzungen weiterhin als Vermittlerin anerkannt und geschätzt wird.

Die Friedenskonferenz soll 2024 stattfinden, wahrscheinlich in Genf, aber alle Optionen sind noch offen, denn der Bundesrat scheint die Dinge laufend zu prüfen. Erklärtes Ziel der

Friedenskonferenz ist es, durch einen breiten internationalen Konsens über die Ausgangspositionen eine klare Agenda für die Beendigung des Krieges festzulegen. Bundesrat Ignazio Cassis erklärt, es gehe nicht darum, sich mit der einen oder anderen Seite zu begnügen, sondern einen entsprechenden internationalen Konsens herzustellen und zu prüfen, wie und wann Russland einbezogen werden kann.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Schweiz seit zwei Jahren auf Russlands Liste «unfreundlicher Staaten» steht. Moskau behauptet weiterhin, dass die Schweiz an der anti-russischen Linie des kollektiven Westens festhält und deswegen jede Glaubwürdigkeit als unparteiische Vermittlerin verloren hat.

Klar ist, dass die Schweiz dafür sorgen will, dass möglichst viele Länder teilnehmen, insbesondere die des globalen Südens, die sich auf die Seite Russlands gestellt haben. Zum einen, um den Druck auf Moskau zu erhöhen, zum anderen, um indirekte Kontakte zu knüpfen, damit die russischen Interessen in die Debatte eingebracht werden.

Selenskis Ziel scheint es jedoch zu sein, so viele Länder wie möglich zu vereinen, um seine eigene Friedensformel zu unterstützen. Die Präsenz Russlands war bereits implizit von der Konferenz ausgeschlossen, da er kürzlich erklärte, die Ukraine sei offen für einen Dialog mit denjenigen, die die Souveränität und territoriale Integrität des Landes respektieren.

Die Position der GSoA in dieser Frage ist klar: Die Ukraine hat das Recht auf ein unabhängiges und intaktes Staatsgebiet, ebenso wie die Bevölkerung das Recht hat, in einer freien Gesellschaft zu leben und nicht in einer russischen Autokratie. Natürlich ist es wünschenswert, dass der Konflikt so schnell wie möglich beendet wird. Es kann jedoch nicht sein, dass die Ukraine Staatsgebiet durch Putins völkerrechtswidrigen Angriffskrieg abtreten muss. Die Schweiz könnte durch eine Übergewinnsteuer, einer strikteren Umsetzung der Sanktionen oder durch präventive Entschlossenheit auf dem Finanzmarkt noch viel mehr für die Ukraine tun. Deshalb darf diese Konferenz nicht zu einem reinen Werbeangang werden.

Noemi Buzzi in Davos während des WEF.



ARMEEBESTAND

## Gesetzeswidrig? Dann mach's legal!

Wir haben in der GSoA-Zitig schon einige Male über den Armeebestand berichtet. Nach wie vor klagt das VBS, dass die Armee bald über zu wenig Personen verfügen würde. Wir haben dargelegt, dass die Berechnungen des VBS weder nachvollziehbar noch transparent sind. Eine detaillierte Abhandlung dessen findet ihr auf [www.gsoa.ch](http://www.gsoa.ch). Wir kommen nun zur nächsten Stufe in der Causa Armeebestand. JONAS HEEB

Blicken wir nochmals kurz zurück: Seit Jahren klagt das VBS, dass die Armee in einigen Jahren ihren Bestand nicht mehr sichern kann. Schuld sind – natürlich – die Abgänge in den Zivildienst. Doch im Dezember 2022 deckte das Online Magazin «Republik» durch eine relativ simple Recherche auf, dass der Armeebe-

stand widerrechtlich zu gross ist und die Prognosen des VBS nicht nachvollziehbar sind und es keinen Unterbestand, sondern weiter einen Überbestand geben wird.

Beim VBS und in der bürgerlichen Sicherheitspolitik reagierte man verduzt. Offenbar war die Illegalität des status quo niemandem

so richtig bewusst. Man würde es anschauen, hiess es zuerst. Lange hörte man nichts, bis schliesslich vom VBS verlautet wurde, man würde zwei Jahrgänge früher entlassen, um einen legalen Bestand zu erreichen. Wenig später folgte dann die Meldung des Bundesrats: Es wird eine Gesetzesänderung geben, um den Armeebestand zu erhöhen. Kann oder will man sich nicht ans Gesetz halten, ändert man es halt. Begründet wird das mit der «aktuellen geopolitischen Lage». Plötzlich soll der illegale Bestand, von dem offenbar niemand wirklich etwas wusste, notwendig sein.

Die vollzogene Kehrtwende zeigt: Wenn dem Bundesrat das Einhalten eines Gesetzes zu mühsam ist, ändert er es kurzerhand. Wer weiss, vielleicht hat das VBS mittlerweile auch einfach begriffen, dass ihre Prognosen nicht stimmen und die Armee ohne jegliche Massnahme nicht mit Unter- sondern mit weiteren Überbeständen zu kämpfen haben wird. Da kommt eine Erhöhung des Bestands natürlich gelegen. Ob wir dieses Vorgehen als stillschweigendes Eingeständnis werten dürfen oder nicht, sei dahingestellt. Klar ist jedoch, dass eine Bestandeserhöhung gerade sehr gelegen kommt.

# KRIEG UND FRIEDEN

ISRAEL/ PALÄSTINA I

## Auf der Seite der Menschen

Seit dem 7. Oktober 2023 wieder in aller Munde, doch mit langer Vorgeschichte. Wie wir uns im aktuellen Israel/Palästina-Krieg positionier(t)en. JORIS FRICKER

Der Angriff der radikalislamischen Hamas am 7. Oktober auf israelische Zivilist\*innen ist grausam und auf keine Weise zu rechtfertigen. Der Gegenschlag der israelischen Regierung folgte umgehend und in einer Brutalität, die nicht in Worte zu fassen ist. Die GSoA ist eine Organisation, die auf Menschen- und Völkerrecht beruht, und deshalb auch für deren konsequente Einhaltung steht. Denn nur auf dieser Grundlage können wir einen gerechten Frieden in Israel/Palästina erreichen. 2021 erschien in dieser Zeitung (Nr. 187) ein Text der GSoA-Koordination, der versuchte, die komplexe Lage für die Schweiz auf einfache Formeln herunterzubrechen: «Für

die Schweiz bedeutet das, ihre Verantwortung als Depositarstaat der Genfer Konventionen ernster zu nehmen, alle Kriegsverbrechen zu verurteilen, jegliche Rüstungs- und Militärkooperation mit Israel und den anderen Nahost-Staaten einzustellen und ihre Guten Dienste für einen gerechten Frieden aktiver einzusetzen.» Dieses Zitat hat noch immer Gültigkeit.

Im Aufruf zu unserer Kundgebung auf dem Bürkliplatz im November 2023 (vgl. Seite 2) schreiben wir nun: «Die Leidtragenden dieser Ereignisse sind die Menschen. So zahlt die Zivilbevölkerung heute den Preis für die Kriegsverbrechen der Hamas und den militärischen

Vergeltungsschlag Israels. Es sind ihre Familien, Freunde und Bekannte, die getötet, verletzt und traumatisiert werden. Die Gewalt in Israel und Palästina muss gestoppt werden» So forder(te)n wir weiter:

- Sofortigen Waffenstillstand und den Stopp der Gewalt
- Freilassung der in Gaza verbleibenden Geiseln
- Freilassung willkürlich inhaftierter palästinensischer Gefangener
- Bedingungslose Durchsetzung der Menschenrechte und des Völkerrechts
- Gewährung humanitärer Hilfeleistungen und ein Ende der Blockade von Gaza
- Einstellung von Waffengeschäften in der ganzen Region durch die Schweiz
- Untersuchungen zu Kriegsverbrechen durch den internationalen Strafgerichtshof
- ein Waffenembargo und ein Ende der Rüstungs- und Militärkooperation mit den kriegstreibenden Kräften

### VON ASYMMETRIE UND ANTISEMITISMUS

Und dennoch: Zu sagen, was ist, ohne dabei die wichtige Kontextualisierung aussen vor zu lassen, bleibt die grösste Schwierigkeit in diesem Krieg. Zuerst einmal ist zu bemerken, dass die Besetzung und Besiedelung des Westjordanlandes das Völkerrecht verletzt. Dann sind die palästinensischen Opferzahlen auch in diesem Krieg viel höher. Das hat zu tun mit einer krassen militärischen Asymmetrie. Und diese ist nicht zuletzt die Folge der Unterstützung durch die Westmächte. Es ist zuweilen auch ein politischer Kampf, der anti-muslimische Ressentiments schürt und hierfür von der internationalen Rechten instrumentalisiert und gefeiert wird.

Zum Redaktionsschluss dieser Zeitung sprechen die offiziellen UNO-Zahlen von 25'000 getöteten Palästinenser\*innen und 1300 getöteten Israelis. Sogar Bürgerliche Medien schreiben vom «Kinderfriedhof Gaza». Uns muss klar werden, wessen Krieg hier gerade geführt wird. Weder Hamas noch die israelische Regierung vertreten die (gesamte) Bevölkerung. Auf beiden Seiten gibt es starke Stimmen nach einem friedlichen Zusammenleben. Auch der Kampf gegen Netanjahus Justizreform in Israel ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Kein Hamas-Anschlag rechtfertigt antimuslimische und rassistische Meinungen. Ebenso klar ist, dass weder die Opfer-Asymmetrie noch die Besatzungspolitik Gründe für Antisemitismus oder die Infragestellung des Existenzrechts Israels sind. Sowohl die israelische als auch die palästinensische Bevölkerung sind traumatisiert durch ihre Geschichte, was diesen Krieg zu einem besonderen macht. Das Zitat aus der Rede von Shirine Dajani an der Kundgebung im Dezember in Bern (vgl. Seite 2) lässt sich grundsätzlich und abschliessend auf beide Seiten anwenden: «Wie konnten wir zu einer Gesellschaft werden, die den Tod (von Kindern) als akzeptables Mittel zum Zweck akzeptiert? Was muss in unserer Psyche geschehen, damit wir ihre Tötung rechtfertigen, selbst auf unglaublich brutale und groteske Weise? Das nennt man Entmenschlichung. (...) Von der Unterdrückung und Vernichtung von Völkern in Amerika, Afrika, Australien bis hin zu Europa wurden Propagandakampagnen zur Entmenschlichung ganzer Gruppen von Menschen eingesetzt.» Wir stehen weiterhin für einen gerechten Frieden in Israel/ Palästina ein.



Jonas Heeb, unser GSoA-Sekretär, eröffnet die Kundgebung in Bern.

GERECHTER FRIEDEN

## Völkerrecht im Ukraine- und im Gazakrieg

Wer das Völkerrecht ernst nimmt, verurteilt jede schwerwiegende Verletzung und die Kriegsverbrechen aller Seiten. JOSEF LANG

Putins Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022, die Besetzung von Teilen des Landes, Massaker wie das in Butscha, all die Raketenangriffe gegen Ziele, die auch Zivilpersonen treffen, sind schwerwiegende Verletzungen des Völkerrechts. In der Schweiz haben die meisten, aber nicht alle Parteien sowie politischen Personen und Kräfte den Angriffskrieg und die Kriegsverbrechen verurteilt. Dasselbe gilt für den barbarischen Überfall der Hamas am 7. Oktober auf israelische Bürgerinnen und Bürger. Weniger deutlich ist die Verurteilung der zahlreichen Kriegsverbrechen der israelischen Armee im Gazastreifen.

### DULDUNG VON PUTINS KRIEG

Es gibt Gruppen und Personen, die Putins Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen ganz oder weitgehend verschweigen und gegen die durch Israel verübten auf die Strasse gehen. Von den über 80 Organisationen, welche die Basler Palästina-Demo vom 13. Januar unterstützten, haben nur wenige Putins Völkerrechtsverletzungen unmissverständlich und wiederholt verurteilt. Der Demo-Aufruf selber erwähnte die Massaker der Hamas wie auch die israelischen Geiseln in keinem Wort. Organisationen, die eine

solche Haltung vertreten, sind nicht besonders glaubwürdig, wenn sie die Kriegsverbrechen Israels verurteilen und die Durchsetzung des Völkerrechts im Nahen Osten verlangen.

Ebenso fragwürdig ist die Haltung jener Kreise, welche die Völkerrechtsverletzungen und Massaker Putins wie auch diejenigen der Hamas in aller Schärfe verurteilen, aber zu den israelischen Kriegsverbrechen schweigen. Der Gazakrieg hat bislang mehr Zivilpersonen das Leben gekostet als der Ukrainekrieg. Die Tatsache, dass die israelische Armee im Unterschied zur russischen auf einen Angriff reagierte, rechtfertigt die fehlende Kritik nicht. Das humanitäre Völkerrecht (ius in bello) gilt für alle Kriegführenden, unabhängig von der Rechtmässigkeit einer militärischen Operation (Die Frage des Rechts, zwischenstaatliche Gewalt anzuwenden, des ius ad bellum, ist in der UNO-Charta geregelt.).

Das humanitäre Völkerrecht verbietet gezielte Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte. Dasselbe gilt für Angriffe auf militärische Ziele, wenn sie unverhältnismässige Schäden für Zivilpersonen oder an zivilen Objekten verursachen. Die hohe Anzahl von Toten, unter ihnen viele Kinder, wie auch die Zerstörung überlebenswichtiger Einrichtungen in Gaza lassen keinen

Zweifel zu, dass Israel das Kriegsvölkerrecht massiv verletzt. Dazu kommt, dass die jahrzehntelange israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik ohnehin völkerrechtswidrig ist.

### SCHWEIGEN ZU GAZA

Besonders störend ist das Schweigen von Parteien und Politiker\*innen zu Gaza, die im Falle der Ukraine zur Durchsetzung des Völkerrechts Waffenlieferungen trotz Neutralitätsrecht postulieren. Diese extrem ungleiche Empathie mit zivilen Opfern und inkonsequente Haltung zum Völkerrecht werfen die Frage auf: Geht es vielen Bürgerlichen nicht vor allem darum, von der schweizerischen Beihilfe zur Aufrüstung Putins abzulenken? Und verfolgen etliche Linke nicht das Ziel, den Universalismus zugunsten des «Westens», die UNO zugunsten der Nato aufzugeben?

Glaubwürdiger sind jene, die das Völkerrecht, insbesondere das humanitäre, in beiden Kriegen hochhalten. Dazu gehören all die Organisationen und Personen, die sich an Kundgebungen für einen gerechten Frieden in der Ukraine wie im Nahen Osten beteiligt haben. Was in Osteuropa wie im Nahen Osten ein gerechter Friede ist, bestimmt das Völkerrecht. Im Fall der Ukraine ist es ein Rückzug der russischen Truppen an die Grenzen vor der Krimbesetzung. Im Falle von Israel/Palästina ist es das Ende der Besat-

zungs- und Siedlungspolitik, die gegenseitige Anerkennung der Existenz von zwei Völkern und das Recht der Palästinenser\*innen auf Eigenstaatlichkeit, sei es im Sinne einer Zweistaatenlösung oder einer binationalen Föderation. Was auch zu einem gerechten Frieden gehört, ist die Ahndung aller Völkerrechts-Verletzungen und die Bestrafung aller Kriegsverbrechen.

Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss an unserer Kundgebung.



DIGITALE SICHERHEIT

## Cyber-Bedrohung VBS

**Das Nationale Zentrum für Cybersicherheit wechselte Anfang Jahr ins VBS. Ein grosser Teil der hochqualifizierten Angestellten hat inzwischen gekündigt, weil sie nicht bei der Armee arbeiten wollten. Ein Lehrbeispiel, wie das Militär nicht Sicherheit schafft, sondern das Gegenteil davon.** ANDREAS WEIBEL

Laut der «Republik» hatten sich ursprünglich praktisch alle Bundesstellen dagegen ausgesprochen, dass das neu geschaffene Bundesamt für Cybersicherheit im VBS angesiedelt wird. Bisher war der Bereich als Nationales Zentrum für Cybersicherheit NCSC (früher: Melde- und Analysestelle Informationssicherung, Melani) dem Finanzdepartement unterstellt. Dieses Departement hatte auch im Bundesrat den Lead bei dem Thema und nahm dabei jeweils die Perspektive von Gesellschaft und Wirtschaft ein, wenn digitale Sicherheitsthemen behandelt wurden, wie die «Republik» berichtet.

Das VBS hat keinen speziell ruhmreichen Leistungsausweis, wenn es um elektronische Bedrohungen geht. Besonders blamabel war der Fall, als um das Jahr 2016 die Ruag und das VBS während mehr als einem Jahr angezapft

wurden, ohne dass dies entdeckt worden wäre. Erst als ein ausländischer Partnerdienst das VBS auf diesen vermutlich russischen Angriff aufmerksam machte, erkannte die Ruag das Problem.

Dass das neue Bundesamt für Cybersicherheit schlussendlich dennoch im VBS landete, scheint ein Hinterzimmer-Deal zwischen Amherd, FDP und SVP gewesen zu sein, wie diverse Medien kolportierten: Amherd bekam für ihr Departement ein neues, gehyptes Thema und verzichtete im Gegensatz darauf, ins UVEK zu wechseln – so dass dort Rösti nun neue Autobahnen und AKWs vorantreiben, die Klimawende bremsen und Wölfe abschiessen lassen kann.

### GEGENSÄTZLICHE INTERESSEN

In Fach- und Wirtschaftskreisen war man entsetzt über den Entscheid. Roger Halbheer,

Chief Security Advisor bei Microsoft, schrieb laut der «Republik» auf LinkedIn: «Alle (und hier wirklich alle) Exponenten der Wirtschaft, die ich kenne, haben sich gegen das VBS ausgesprochen.»

Warum ist es so ein grosses Problem, wenn die Armee für die Cybersicherheit verantwortlich ist? Cybersicherheit ist ein permanentes Katz-und-Maus-Spiel zwischen böswilligen Hackern auf der einen Seite und den Softwareherstellern und Security-Teams zahlreicher Firmen auf der anderen. Für jeden erfolgreichen Angriff auf eine professionell aufgestellte Organisation muss die attackierende Seite eine Sicherheitslücke in einer Software ausnutzen, die vorher nicht bekannt war.

Entsprechend wertvoll ist das Wissen über solche unbekanntes Sicherheitslücken, sogenannte Zero-Day-Exploits. Softwarehersteller und Sicherheitskreise möchten die Lücken stoppen, Hacker, Geheimdienste und Armeen möchten sie in ihr digitales Waffenarsenal aufnehmen. Es ist deshalb nur logisch, dass ein Schweizer IT-Sicherheitsexperte in der «Republik» festhielt: «Niemand möchte freiwillig Sicherheitslücken an eine Institution melden, die beim

Militär angesiedelt ist und den Geheimdienst als Nachbarn hat.»

### SPEZIALISTEN WOLLEN NICHT INS VBS

Was der Bundesrat bei der Dealerei um Bundesämter und Departemente übersehen hatte: Es sind nicht Bundesrät\*innen und Politiker\*innen, welche sich um IT-Sicherheit kümmern, sondern Informatik-Spezialist\*innen, die einem ethischen Codex folgen. Entsprechend hatten die Angestellten des NCSC bereits vorgängig bekannt gemacht, dass sie nicht ins VBS wechseln möchten. Tatsächlich hat inzwischen ein Fünftel der Belegschaft gekündigt. Beim GovCERT, der Schnell-Eingreifgruppe, die bei Angriffen auf kritische Infrastruktur zum Einsatz kommt, haben sogar zwei Drittel des Teams die Stelle aufgegeben. Gemäss SRF werden sie «in der Branche als Top-Shots mit langjähriger Erfahrung bezeichnet», sodass ihr Abgang besonders schmerzt.

Die Vorgänge sind ein weiteres Beispiel dafür, wie Sicherheit in zivilen Händen besser aufgehoben ist und wie das Militär nicht für Sicherheit sorgt, sondern die Bedrohungen verstärkt.



Sarah Wyss ist Nationalrätin der SP / BS und Präsidentin der Finanzkommission (zVg).

BERICHT AUS DEM PARLAMENT

## Konzeptlos die Armee aufrüsten?

**Die nationale Aufrüstung wird oft als rein sicherheitspolitisches Ereignis betrachtet. Doch von der Aufrüstung sind wir alle betroffen. 2024 führte die Aufrüstung der Armee zu Sparpaketten.** SARAH WYSS

Der GSoA-Leser\*innenschaft weithin bekannt, weht auch in Bundesbern in Sachen Aufrüstung und Sicherheitspolitik seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs ein anderer Wind. Anders ausgedrückt: Der Wind hat um 180° gedreht. Nur wenige Monate nach dem Überfall Russlands wurde ein bürgerlicher Vorstoss gutgeheissen, der die Aufstockung des Armeebudgets auf 1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis 2030 verlangt. Dies bedeutet beinahe eine Verdoppelung der Ausgaben für die Armee (auf rund 10 Mia. Franken/ Jahr). Dieser Betrag war vielen Befürworter\*innen während der Debatte gar nicht bewusst, da einige doch vom damaligen BIP und damit einem Zielwert von «nur» 7.5 Mia. CHF ausgingen.

Als Hauptargument für die Erhöhung wurden die drohende Gefahr einer militärischen Eskalation in Europa/ Schweiz, aber auch das jahrelange «Kaputtsparen der Armee» genannt. Zwei gut widerlegbare, unkorrekte Argumente. Ein weiteres Argument lautete, dass sich die Schweiz dem Nato-Ziel von 2% annähern sollte. Auch dieses Argument hält nicht stand. Der Vergleich hinkt. Denn die Ausgaben, welche die Schweiz als «Armeeaussgaben» ausweist, sind nicht vergleichbar mit jenen anderer Länder. So sind beispielsweise die Erwerbsersatzordnungs-Ausgaben, mit welchem die Rekruten/ Soldaten

entlohnt werden und die darüber hinausgehenden privat- und volkswirtschaftlichen Folgen einer Milizarmee nicht in den Armeeaussgaben inbegriffen, was einen Vergleich mit einer Berufsarmee verunmöglicht.

### DER TRAUM DER SCHNELLEN AUFRÜSTUNG PLATZT – FOLGEN BLEIBEN

Den Bürgerlichen, die das Märchen der «kaputtgesparten Armee» gebetsmühlenartig wiederholen, kann dieser finanzielle Turboausbau der Armee nicht zu schnell gehen. Obschon unklar ist, ob das gesprochene Geld überhaupt in so kurzer Zeit sinnvoll ausgegeben werden kann.

Doch dem Armeebudget für die kommenden Jahre machte nicht die «technische» Umsetzbarkeit einen Strich durch die Rechnung, sondern die Bundesrätin Karin Keller-Sutter: Sie erstreckt aus Spargründen und wegen unserer restriktiven Schuldenbremse die Armeebudgeterhöhung auf 1% des BIPs auf 2035 (anstatt 2030). Das bedeutet noch immer jedes Jahr 300 Millionen Franken mehr für die Armee in den Jahren 2024 und 2025.

Für das Jahr 2024 bedeutete diese Erhöhung – auch wenn kleiner als ursprünglich gefordert – eine zweiprozentige Querschnittskürzung in allen anderen (ungebundenen) Ausgabenbereichen der Bundesdepartemente.

### PARLAMENT IST UNBELEHRBAR

Wer nun meint, alle hätten sich zähneknirschend mit diesem 2035-Deal kompromissartig abfinden können, der hat weit gefehlt. Bei vollem Bewusstsein, welche Auswirkungen der Antrag finanzpolitisch für andere Politikbereiche (weitere Sparübungen) hat, wurde in der Budgetdebatte vergangenen Dezember der Antrag gestellt, dass man am 1%-Ziel für 2030 festhält.

Glücklicherweise kam es zum Schluss der Budgetdebatte zu einer Wende: Der erwähnte Antrag, der das Festhalten am ursprünglichen Plan (1% des BIP bis 2030) verlangte, scheiterte knapp und nur dank des Stichentscheides unseres linken Ratspräsidenten. Zum Stichentscheid kam es notabene nur deshalb, weil der Berner SVP-Politiker Erich Hess fehlte.

### EHRlichkeit DER BÜRGERLICHEN SCHOCKIERT

Eine stetige Erhöhung bleibt auch nach der Budgetdebatte vom Dezember 2024 bestehen. Und ich nehme mit Entsetzen folgende Erkenntnis mit: Für die Erhöhung des Armeebudgets ist ein Grossteil des Parlamentes bereit, massive Sparübungen in anderen Bereichen wie Bildung, Soziales und internationale Zusammenarbeit in Kauf zu nehmen. Hingegen ist die Mehrheit noch nicht bereit, unsere restriktive Schuldenbremse zu reformieren.

## INTERNATIONALES

IM GESPRÄCH

**Aus dem Leben eines Kriegsverweigerers**

Wir befinden uns in einem entlegenen Dorf in der Schweiz, in einem Raum, der speziell für dieses Treffen an einem Januartag 2024 eingerichtet worden war. Uns gegenüber sitzt ein grosser und ziemlich kräftiger Mann, der aber auch sichtlich gestresst wirkt, was er uns auch bestätigt. Der Mann, den wir Davyd nennen, ist ein ukrainischer Flüchtling, der seit 2023 in der Schweiz ist. Davyd ist auch Kriegsdienstverweigerer. Er hat uns kontaktiert, um seine Geschichte und seine Erfahrungen zu teilen. Das tat er auch während der drei Stunden, die unser Gespräch dauerte und während derer wir gemerkt haben, wie gross die Last ist, die er trägt. Der folgende Artikel ist nur eine kurze Zusammenfassung von alledem, was er uns erzählt hat.

In der Ukraine arbeitete Davyd in einer Firma, bei der er wie seine anderen Kollegen einen Vertrag hatte, in dem stand, er könne nicht mobilisiert werden, da seine Firma in einem systemrelevanten Sektor arbeitete. Er erzählte uns, dass diese Klausel zu Beginn des Konflikts 2014 zwar noch berücksichtigt wurde. Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 wurde sie jedoch de facto gegenstandslos: «Die für die Mobilisierung zuständige Stelle der ukrainischen

Armee verhält sich seit diesem Zeitpunkt wie eine kriminelle Organisation, wie wenn es keine gesetzlichen Grundlagen mehr gäbe.» Er erzählt uns des Weiteren, dass er und seine Kollegen, von denen viele in die Armee gezwungen wurden, hinters Licht geführt worden waren. «Mein Chef hat mich verpöffelt. Man rief mich an und sagte mir, ich könne entweder freiwillig kommen, oder man käme mich abholen. Ich sagte, ich würde freiwillig kommen, obschon ich ganz und gar nicht vorhatte, hinzugehen.» Denn Davyd hat starke religiöse Überzeugungen und der Militärdienst ist mit seinen Werten nicht zu vereinbaren. So lehnt er es strikt ab, eine Waffe in die Hand zu nehmen, um sie gegen andere Menschen zu verwenden.

Weiter erzählt er uns, dass er in ein Rekrutierungszentrum gebracht würde, wenn ihn die Armee fände. Dort werden die Männer unter starken psychologischen Druck gesetzt, sie werden während Stunden festgehalten, bis sie ein Dokument unterzeichnen, das besagt, dass sie in die Armee eintreten möchten. An einen solchen Ort wurden viele seiner Arbeitskollegen gebracht, bevor sie an die Front geschickt wurden. Gemäss Davyd «schaffen es nur die psychisch

stärksten, das Dokument nicht zu unterschreiben. Aber sie werden bedroht, man sagt ihnen, man werde sie finden.»

Als dies anbahnt, entschied sich Davyd mit seiner Schwester zu fliehen. Er erzählt uns von den Wochen voller Angst, die auf diese Entscheidung folgten, als er die Ukraine durchquerte, um an die Grenze zu gelangen. Eine einfache Identitätskontrolle hätte für Davyd eine Verhaftung bedeutet. Auch musste er während der Reise unauffällig bleiben. So ging er beispielsweise nur nachts einkaufen und versteckte sich bei Freunden. Während dieser Flucht bis zur Grenze lernte Davyd andere Menschen kennen, die ebenfalls vor dem Militärdienst flüchteten, er erzählte uns von der gegenseitigen Unterstützung. Die Regierung missbilligt diese Unterstützung, sie unterdrückt und verhindert jegliche Form der Solidarität zwischen und gegenüber Deserteuren. Davyd war des Weiteren einer Gruppe auf den sozialen Medien beigetreten, wo Deserteure, die fliehen wollten, Tipps austauschen und einander unterstützen konnten. Diese Gruppe wurde jedoch gelöscht, denn es wurde stark davon ausgegangen, dass die Polizei sie infiltriert hatte. Nach vielen Wochen Flucht

und starker Belastung, von denen er sich immer noch nicht erholt zu haben scheint, schaffte es Davyd endlich, die Grenze zu überqueren. Von dort ging er dann Richtung Schweiz, wo er seither wohnt.

Wie die anderen Geflüchteten aus der Ukraine besitzt Davyd einen S-Ausweis. Dieser würde bei Kriegsende seine Gültigkeit verlieren. Dann müsste er also zurück in die Ukraine. Doch er fürchtet, dort verfolgt zu werden. Für ihn ist es somit undenkbar, eines Tages nach Hause zurückzukehren. Deshalb hat er angefangen, die nötigen Schritte zu unternehmen, um einen Aufenthaltstitel zu erhalten, der es ihm ermöglicht, in der Schweiz zu bleiben, auch wenn in der Ukraine wieder Frieden herrscht. So könnte er der Verfolgung in seinem Heimatland entkommen.

Natürlich ist die Verteidigung der Ukraine gegen den Angriff der russischen Armee völkerrechtlich legitim, das stellt niemand in Frage. Doch auch die Rechte der Kriegsdienstverweiger\*innen müssen gewahrt werden. Jemand, dessen Gewissen es ihm oder ihr nicht erlaubt, eine Waffe zu tragen, sollte das nie tun müssen, egal für welches Ziel. Es ist ein natürlicher Instinkt, angeekelt zu sein beim Gedanken, Menschen töten oder verletzen zu müssen. Dieser Instinkt sollte geschützt und geehrt und nicht zerstört werden, wie es die Armeen dieser Welt tun wollen.

KILIAN BELLO

NUKLEARE BEDROHUNG

**Investitionen in Atomwaffen werden die Welt nicht sicherer machen**

**Die globale Sicherheitslage wird durch die zunehmende nukleare Aufrüstung weiter verschärft. Dieser äusserst gefährliche Teufelskreis kann nur mit nicht-militärischen Mitteln durchbrochen werden.** NOEMI BUZZI

Nach Daten des SIPRI-Jahrbuchs 2023 besitzen Russland und die USA zusammen fast 90% aller Atomwaffen. Beide Länder führen ausserdem umfangreiche und sehr kostspielige Programme zur Erneuerung und Modernisierung ihrer Atomwaffenarsenale sowie Produktionsanlagen für diese Waffen durch. Dies ist auch in China zu beobachten. Was die Atomwaffenarsenale der übrigen Atomwaffenstaaten anbelangt, zeichnet sich ein klarer Trend ab: Obwohl sie viel kleiner sind, entwickeln oder

errichten alle neue Atomwaffensysteme oder haben die Absicht bekundet, dies zu tun.

Die meisten Atomwaffenstaaten haben daher ihre Rhetorik in Bezug auf die Bedeutung von Atomwaffen verschärft, einige haben sogar implizit oder explizit mit ihrem potenziellen Einsatz gedroht. Dieser neue nukleare Wettbewerb steigert das Risiko eines tatsächlichen Einsatzes solcher Waffen dramatisch. In dieser Zeit hoher geopolitischer Spannungen ist die Gefahr von Fehlkalkulationen, Missverständnissen oder

Unfällen unannehmbar hoch, während die im Atomwaffensperrvertrag eingegangene Abrüstungsverpflichtung immer weiter in die Ferne zu rücken scheint.

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine vor zwei Jahren haben die nukleare Rüstungskontrolle und die Abrüstungsdiplomatie einen schweren Rückschlag erlitten, ebenso wie die Transparenz in Bezug auf Atomwaffen. Darüber hinaus haben die häufigen nuklearen Drohungen Russlands zu einem anhaltenden Gefühl der Unsicherheit geführt und die Verwundbarkeit durch Atomwaffen wieder ins Bewusstsein gerufen. Dies hat eine neue Welle der Militarisierung ausgelöst und die Bereitschaft erhöht,

mehr in die nukleare Abschreckung zu investieren.

Klar ist, dass die allseits wahrgenommene Bedrohung angegangen werden muss. Dabei auf militärische Lösungen zu setzen, ist jedoch illusorisch und extrem gefährlich. Vielmehr bräuhete es beispielsweise die Umsetzung einer «No First Use»-Politik durch die NATO, ein Ende der nuklearen Teilhabe Europas und die Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags. Dies würde die regionale Sicherheit konkret fördern und dazu beitragen, dem gefährlichen globalen Trend entgegenzuwirken, Atomwaffen als Allheilmittel für komplexe Sicherheitslagen zu betrachten.

ISRAEL/ PALÄSTINA II

**Eine persönliche Einordnung zum Gaza-Krieg**

**Dies ist die Meinung eines GSoA-Mitgliedes mit Bezug zu Israel. In der nächsten Zeitungszusatznummer wird ein Artikel eines Mitgliedes mit Bezug zu Palästina gedruckt.**

Die Hamas ist eine palästinensisch-sunnitisch-islamistische Widerstandsbewegung. Je nach Bedarf wird das eine oder das andere betont. Auch wenn die Hamas sich in der Öffentlichkeit jetzt als Vertreterin der palästinensischen Sache ausgibt, ändert das nichts daran, dass es sich um eine Terrorgruppe handelt mit der Ideologie, den Staat Israel auszulöschen und auf dem gesamten Territorium zwischen Jordan und Mittelmeer einen islamistischen Gottesstaat zu errichten, also mit einem genozidalen Programm.

Die Vorgehensweise am 07.10.23 entspricht dieser Ideologie. Irdisches Leben hat keinen Wert, deshalb sind Selbstmordattentate Kampfmethoden, die nicht nur für Männer, sondern auch für Kinder oder Frauen begrüsst werden.

Es gilt aber auch hier immer zwischen der

Ideologie und den Menschen zu unterscheiden.

Dass Israel sich nach dem Massaker der Hamas vom 07.10.2023 verteidigt, ist nach internationalem Recht korrekt. Das Ziel Israels ist, die militärische Struktur der Hamas zu zerstören. Als Kriegsverbrechen muss jedoch die Art der Kriegsführung bezeichnet werden: Die Zivilbevölkerung in Gaza ist den exzessiven Bombardierungen hilflos ausgeliefert, die Verhältnismässigkeit zwischen dem Ziel und den verwendeten Mitteln ist bei weitem nicht gewahrt.

Zugunsten Israels muss gesagt werden: Die Hamas braucht die Bevölkerung als Schutzschild. Ihre Kommandostrukturen sind unter Spitälern und Schulen, sie hortet Benzin, Wasser, Nahrung in Tunnels für ihre Kämpfer und lässt die eigene Bevölkerung verhungern. In der Ideologie der

Hamas hat irdisches Leben keinen Wert. Die Bevölkerung Gazas ist somit in doppelter Geiselschaft, in der der Hamas und der der Israelis. Das macht die Situation so grauenhaft.

Das internationale Kriegsrecht ist für Kampfhandlungen zwischen Nationen angelegt. Das erschwert einen «korrekten» Kampf in diesem Konflikt massiv.

Zur Frage des Genozids: Das Ziel der jetzigen «Kriegskabinetts» ist die Zerstörung der militärischen Struktur der Hamas. Ein Genozid-Vorwurf ist somit ungerechtfertigt.

Es gibt aber ausserhalb des Kriegskabinetts Regierungsmitglieder aus der Siedlerbewegung, die zu «freiwilligem» Exodus der Palästinenser:innen aufrufen, von der Wiederbesiedlung des Gaza Streifens durch jüdische Israelis reden. Das bedeutet nicht Genozid, aber Vertreibung. Die Regierung, allen voran Ministerpräsident Netanjahu, müsste das unmissverständlich ver-

urteilen, was lange nicht und jetzt erst unter massivem Druck der USA geschah. Es gibt in der Knesset einzelne ultrarechte Abgeordnete, deren Äusserungen äusserst grenzwertig sind. Auch da fehlt die klare Abgrenzung.

Fazit: Die Kriegsverbrechen beider Seiten sind zu verurteilen. Dazu gehört das Hamas-Attentat vom 07.10.23 und die Geiselnahmen, wie auch die masslose Kriegsführung Israels. Das Recht Israels, sich zu verteidigen – wenn es denn bei Verteidigung bliebe – steht ebenso ausser Frage wie die Einhaltung der Menschenrechte, des Völkerrechts und der Verhältnismässigkeit. Terror und Angriffe auf Zivilist\*innen sind unter keinen Umständen legitimiert. Die Bevölkerung Gazas muss von der Geiselschaft der Hamas und der existentiellen Bedrohung von Seiten Israels befreit werden. Das heisst, ein sofortiger Waffenstillstand und die bedingungslose Freilassung der Geiseln und willkürlich Gefangenen beider Seiten sind unabdingbar.

STOP F-35

## 2023: Pannennjahr des Luxus-Kampffjets

**Ab 2027 soll die Schweiz die ersten F-35 Kampffjets erhalten. Derweil häufen sich die Pannen rund um den Luxusjet.** ROXANE STEIGER

Die GSoA weist seit nun einigen Jahren schon auf die Probleme hin, die der F-35 Kampffjet bringen wird. Doch Bundesrat und Parlament stellten sich einer Volksabstimmung in den Weg. Seitdem das VBS die Verträge im September 2022 unterzeichnete, häufen sich die Pannen rund um den Luxusjet. Wir haben euch die besten Momente von 2023 in einer kleinen Sammlung zusammengetragen, um die Befürworter\*innen in Verlegenheit zu bringen.

### CHAOS BEI ERSATZTEILEN UND PANNEN BEI GEWITTER

Der Kongress und der Senat haben das GAO mit der Überprüfung des F-35 Programms beauftragt. Schliesslich handelt es sich um das teuerste Waffensystemprogramm des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums. Die Liste der Mängel der neusten Berichte sind lang: von Verzögerungen im Zeitplan, Kostensteigerungen oder verspätete Auslieferungen. Ein neues Pro-

blem zeigt sich bei der Koordinierung von Ersatzteilen: Weil zahlreiche Staaten den F-35 nutzen, unterhält das Pentagon einen Ersatzteil-Pool, der auf der ganzen Welt verteilt ist. Doch wie die Berichte des Government Accountability Office zeigen, besteht kein Überblick über die Bestände, denn das US-Militär habe nie damit gerechnet, dass es Ersatzteile für andere Nationen lagern würde. So wurde auch nie ein Inventarisierungs-System entwickelt.

Hinzu kommt: Nach heutigem Stand dürfen die F-35, die die Schweiz ab 2027 erhält, nicht näher als 40 Kilometer an ein Gewitter heranfliegen. Bereits im Jahr 2020 wurden in den USA bei Wartungen Schäden an einem der Systeme festgestellt, die den Kampffjet vor Blitzen schützen sollen. Verschiedene Fachmedien zeigen sich erstaunt, dass es seit Entdeckung des Mangels den Herstellern noch nicht gelungen ist, diesen zu beheben. Anstelle wurden die Flugbedingungen für den Jet beschränkt.

Einreichung der Stop F-35-Initiative bei der Bundeskanzlei.

### VERSCHOLLENER JET, SPIONAGE IN MEIRINGEN UND UNFAIRE OFFSET-GESCHÄFTE

Im September gab die US-Marine auf Twitter bekannt, dass ein Pilot den F-35 Kampffjet per Schleudersitz verlassen hat. Der Flieger flog allein weiter und konnte nicht aufgespürt werden – denn die Tarnkappeneigenschaften verhindern, dass der Jet einfach geortet werden kann. Sogar die Bevölkerung wurde aufgerufen, nach dem Kampffjet Ausschau zu halten. Über einen Tag dauerte es, bis ein Trümmerfeld in einem ländlichen Gebiet als die Überreste des verschwundenen Jets gefunden und identifiziert wurden.

Und auch in der Schweiz kam es immer wieder zu Kritik in Bezug auf die Kampffjetbeschaffung. So sind die Anwohner\*innen der Gemeinde Payerne im Kanton Waadt über den Fluglärm des F-35 besorgt, denn dieser sei massiv lauter als sein Vorgänger. Und ob der vorgesehene Anteil von 30 Prozent der Offset-Geschäfte in der Romandie erreicht wird, wird stark angezweifelt. Kurz vor Jahresende berichteten Schweizer Medien über chinesische Spionage in Meiringen.

Im Fokus: der F-35 Kampffjet. Eine chinesische Familie kaufte 2018 das Hotel Rössli in Meiringen. Das Hotel hat beste Aussicht auf den Flugplatz der Schweizer Luftwaffe, bei der die Armee die F/A-18-Jets stationiert und 2019 auch die F-35 testete. Der Verdacht: Das Rössli hätte als Spionagezentrale dienen sollen, um Industriespionage in Bezug auf den F-35 zu betreiben.

### WIR MACHEN WEITER!

Auch wenn diese Agentenfilm-Szenen zur Belustigung gut sind, sie sind nicht erstaunlich. Vor allem aber zeigen sie, dass für unsere Sicherheit mit der Beschaffung des F-35 wenig getan ist. Es ist nach wie vor skandalös, dass der Bundesrat die F-35 Beschaffung möglichst rasch und ohne demokratische Auseinandersetzung am Volk vorbei beschlossen hat. Die Ereignisse der letzten Jahre lassen vermuten, dass die Jets der Schweiz massiv teurer kommen als veranschlagt. Es geht um Milliarden, die anderswo eingespart werden müssen: bei der Altersvorsorge, dem Klimaschutz oder der internationalen Zusammenarbeit. Wir werden weiterhin genau hinschauen und immer wieder daran erinnern, dass mit unserer Initiative alle Mängel und Risiken auf dem Tisch lagen.



KRIEG UND KLIMA

## Zwei Katastrophen

**Krieg und Klimakatastrophe. Zwei lebensbedrohliche Ereignisse. Zwei untaugliche Herangehensweisen.** MARTIN PARPAN

Im Februar 2022 hat Putin die Ukraine überfallen. Die Folgen sind bekannt: Tausende Menschen sind gestorben. Städte wurden zerstört. Die geopolitischen Spannungen haben massiv zugenommen und der Krieg geht in unverminderter Härte weiter. Putins Angriff hat dazu geführt, dass es in Bezug auf Investitionen in die Rüstung weltweit einen klaren Trend gibt – und dieser zeigt steil nach oben. Pro Jahr werden aktuell mehr als 2 Billionen Dollar – also weit über 2'000 Milliarden – in Rüstungsgüter investiert. Die jährlichen Wachstumsraten sind im zweistelligen Bereich. Die Antwort der Staaten kann somit wie folgt zusammengefasst werden: Auf die kriegerische Bedrohung gilt es sehr schnell und sehr massiv zu antworten – und zwar mit Investitionen in Rüstungsgüter.

Die zweite Katastrophe, die sich zeitgleich vor unseren Augen abspielt, ist nicht «über Nacht» in unser Bewusstsein getreten, sondern

schleichend über die letzten Jahrzehnte: Die Klimakatastrophe. Hitzewellen, Dürren, Wirbelstürme, Überschwemmungen und Flächenbrände sind längst keine Ausnahmen mehr. Menschen verlieren ihre Lebens- und Existenzgrundlagen, Menschen flüchten, Menschen sterben. Wenn wir uns vor Augen führen, wie die Menschheit oder zumindest in den Machtzentren auf die Klimakatastrophe reagiert wird, dann ist folgendes festzustellen: Die Reaktion auf die «Klimakatastrophe» fällt komplett gegensätzlich zur «Kriegskatastrophe» aus. Wenn es darum geht, griffige Massnahmen gegen die «Klimakatastrophe» umzusetzen wird laviert, gezögert, ignoriert und sabotiert – selten genug wird investiert – meist in sehr bescheidenem Umfang. Die Industriestaaten haben angedeutet, dass sie 100 Milliarden Dollar jährlich für den Klimaschutz der ärmsten Staaten sprechen wollen. Im Vergleich zu den 2'000 Milliarden, die jährlich in

Aufrüstung investiert werden, sind die 100 Milliarden eine «Peinlichkeit».

### RÜSTUNG JA – KLIMASCHUTZ NEIN

Auch wenn kriegerische Ereignisse nicht eins zu eins mit der Klimakatastrophe verglichen werden können, ist es doch sehr erstaunlich, wie gegensätzlich auf die Ereignisse reagiert wird. Parallelen zwischen den beiden Katastrophen gibt es nämlich durchaus: Sowohl kriegerische Auseinandersetzungen wie auch die Klimakatastrophe bedrohen Menschen in ihrer Existenz und beide Ereignisse sind «menschgemacht». Ein wesentlicher Unterschied liegt in der Art und Weise, wie man glaubt, die Katastrophen bekämpfen zu können. Auf Krieg lautet die Antwort meist noch mehr Krieg und noch mehr Krieg, heisst noch mehr Rüstung. Die Rüstungsindustrie freuts. Bei der Klimakatastrophe wandelt man im Schlafwagentempo von Konferenz zu Konferenz. Dabei kann die ehrliche Antwort nur «Verzicht» heissen. Verzicht auf fossile Energieträger und radikale Umstellung unserer «immer-mehr-Lebensweise» auf ein System, das nicht den Menschen als Konsumwesen ins Zentrum stellt, sondern ge-

nerell das Lebewesen mit seinem Existenzrecht. Nichts zu tun bei der Klimakatastrophe heisst «stilles töten».

Und wie sieht es aus in der Schweiz: Genau gleich. Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine und dem Gaza-Krieg sind bei den Militärenthusiasten und der Rüstungslobby sämtliche Schranken gefallen. Bis 2035 soll der Militäretat von heute 5.5 Milliarden auf 10.5 Milliarden steigen – pro Jahr. Zudem sollen Exportbedingungen für Schweizer Rüstungsgüter massiv gelockert werden. Es gibt bürgerliche Politiker\*innen, die alles dafür tun, um bei Investitionen für den Klimaschutz auf die Bremse zu treten. Sie haben damals tatkräftig mitgeholfen, dass im Jahr 2021 das CO2-Gesetz abgelehnt wurde. Als schützenswert betrachten sie «nur» die Schweizer Rüstungsindustrie und unseren Wohlstand. An der Tatsache, dass beinahe drei Erden notwendig wären, wenn alle wie die Schweizer Bevölkerung leben würden, scheint man sich nicht zu stören. Die bewaffnete Party auf dem Luxusdampfer soll weitergehen – auch wenn dieser längst im Sinken begriffen ist.

## DIE LETZTE

KURILOSES

## Es geht auch anders

Es gibt diese Rüstungsprojekte. Und dann gibt es jene. Und dann gibt es den HS-30-Schützenpanzer. DAVID CROLL

Die Bundeswehr suchte nach dem 2. Weltkrieg nach einem Fahrzeug, das Ziele mit einer 20-mm-Maschinenkanone beschliessen und gleichzeitig Soldaten absetzen konnte. Das Fahrzeug sollte nämlich Kampfpanzer unterstützen können. Darum wollte man den amerikanischen M113 nicht, ein sogenanntes «battle taxi».

Der französische Ingenieur ohne Ingenieurstudium, André Poniatkowski, stellte der Beschaffungskommission genau das vor, was die Bundeswehr wollte. Nachdem ein Modell aus Holz und Karton vorgeführt wurde, ging der Auftrag an eine Schweizer Firma, Hispano Suiza (Suisse),

die zwar Lastwagen, einige Waffen und das legendäre Solex-Töffli, aber keine Panzerfahrzeuge herstellte und liess den HS-30 dann bei der britischen Tochter- und Partnerfirma herstellen – ohne Kenntnis und Billigung der deutschen Regierung.

Nach Änderungswünschen der Bundeswehr erhielt der HS-30 eine bessere Panzerung und wuchs auf mehr als 14 Tonnen an, obwohl der Motor nur für die ursprünglichen neun Tonnen konzipiert war. Die Insassen konnten nur aussteigen, wenn sie eine Dachluke öffneten und über die Seite absprangen – unter Beschuss eher nicht optimal – weswegen jeder moderne Schüt-

zenpanzer eine Hecktür hat. Und weil die Laufwerkfederung bei Geländefahrten oft beschädigt wurde, lag die praktisch nutzbare Höchstgeschwindigkeit zwischen 15 und 20 km/h – zu wenig, um die schnelleren Panzer zu begleiten. Dazu kam, dass Motorschäden nur in Werkstätten behoben werden konnten, weil die Bauteile nur von unten zugänglich waren. Die HS-30 war nun schwerer und langsamer als die amerikanische M113, welche die Bundeswehr damals ablehnte (und heute noch im Einsatz hat), und konnte nur die Hälfte an Infanteristen transportieren. Als die Mängel offenbar wurden, reduzierte der Verteidigungsminister 1960 die Bestellung von 10'680 auf nur noch 2800 Stück. Hispano-Suiza wurde mit 40 Millionen Mark entschädigt, auch wenn in ihren Werken kein einziger HS 30 entstand. Die 2176 ausgelieferten Fahrzeuge wurden sehr schnell.

Aber die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Als eine parlamentarische Kommission die Beschaffung der HS-30 unter die Lupe nahm, wurden zahlreiche damit verknüpfte Schmiergeldzahlungen entdeckt. Ein CDU-Politiker, Empfänger von 300'000 Mark, verstarb 1957 in einem Armenkrankenhaus in Neapel. Ein weiterer Begünstigter, ein Arzt, starb 1960 – zunächst durch Suizid, nach Exhumierung und nochmaliger Obduktion war es jedoch eine Ermordung. Ein dritter Mitwisser, ein ehemaliger CDU-Bürgermeister, wurde 1974 tot im Bodensee aufgefunden. Laut ihm diente der HS 30 lediglich als Deckgeschäft, um den 1957er Wahlkampf der CDU zu finanzieren.

Quellen: «HS 30» und «HS-30-Skandal» auf Wikipedia; basiert grossteils auf Artikel in «Der Spiegel» und «Die Zeit».

## Danke, Anja! Willkommen Noemi!

Wie es in einer bewegten Organisation der Normalfall ist, gibt es auch auf 2024 einen erneuten Wechsel im Sekretariatsteam. Neu begrüssen wir Noemi Buzzi, die auf Anja Gada – dem mehrjährigen medialen Gesicht der GSoA – folgt.

Als Anja Gada die Sekretariatsstelle 2021 in Zürich antrat, wurde sie in der GSoA-Zitig Nr. 187 als «kein unbeschriebenes Blatt, was Planung und Durchführung von Kampagnen angeht» angekündigt. Als Klimastreikende mit einem Rucksack voller Erfahrung war sie für die GSoA 2.5 Jahre lang überaus prägend. Von diesem Rucksack hat sie Gebrauch gemacht, ihn wohlwollend geteilt und sie nimmt ihn hoffentlich noch reicher an Erfahrung wieder mit auf ihre nächste Reise. Klar ist, wer wie Anja mit 19 Jahren sogleich bei Stellenantritt in eine Stop F-35-Kampagne geworfen wird, ist mit vielen Wassern gewaschen. Doch Anja hat noch so einiges angerissen. Mit ihrem feinen Gespür für politische Kommunikation (inhaltlich, sprachlich und

grafisch) wurde die Kampagne für eine Kriegsgewinnsteuer ein voller Erfolg und es gelangen ihr dutzende bärenstarke Medienauftritte. Wir werden die diversen Qualitäten Anjas vermissen, doch wünschen ihr eine etwas ruhigere, aber nicht minder spannende politische Zukunft! Die Stelle von Anja wird **Noemi Buzzi** übernehmen. Noemi ist in Locarno aufgewachsen und spricht italienisch, deutsch, französisch, englisch, schwedisch und dänisch. Neben ihrem ehrenamtlichen Engagement bei den Jungen Grünen, wo sie seit 2021 in der Geschäftsleitung wirkt und im Tessin Präsidentin ist, hat sie auch beruflich für den Wahlkampf der Grünen Tessin 2023 gearbeitet. Noemi hat in Zürich studiert und ihren Master in Filmwissenschaft letztes Jahr abgeschlossen. Wir freuen uns sehr, mit Noemi eine Vertretung der italienischen Schweiz im Sekretariat begrüssen zu dürfen und sind überzeugt, dass ihr kultureller und politischer Hintergrund eine Bereicherung für die GSoA ist. In diesem Sinne: Benvenuta, willkommen, bienvenue, welcome, välkommen und velkommen Noemi.

GREGOR,  
das glückliche Gewehr

## Bestellatalon GSoA-Material

| Anzahl | Bezeichnung                                | Frau/Mann                                                                                                                                | Grösse                                                                                                       | Einzelpreis | Total |
|--------|--------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|-------|
|        | Peace-Button                               |                                                                                                                                          |                                                                                                              | Fr. 1.–     |       |
|        | T-Shirt Waffenvernichtungsmasse            | <input type="radio"/> F <input type="radio"/> M                                                                                          | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 28.–    |       |
|        | T-Shirt «If war is the answer...»          | <input type="radio"/> F <input type="radio"/> M                                                                                          | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 28.–    |       |
|        | Pullover «If war is the answer...»         | <input type="radio"/> F <input type="radio"/> M                                                                                          | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 35.–    |       |
|        | T-Shirtf «war is the answer...»            | <input type="radio"/> F <input type="radio"/> M                                                                                          | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 28.–    |       |
|        | T-Shirt «Stopp Kampfjets!»                 | <input type="radio"/> F <input type="radio"/> M                                                                                          | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 28.–    |       |
|        | T-Shirt «Gregor»                           | <input type="radio"/> F <input type="radio"/> M                                                                                          | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 28.–    |       |
|        | «Gregor»-Feuerzeug                         |                                                                                                                                          |                                                                                                              | Fr. 2.–     |       |
|        | GSoA-Sackmesser                            |                                                                                                                                          |                                                                                                              | Fr. 25.–    |       |
|        | Friedensfahne                              | <input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE <input type="checkbox"/> Shalom-Salaam                                      |                                                                                                              | Fr. 12.–    |       |
|        | Stickers                                   |                                                                                                                                          |                                                                                                              | kostenlos   |       |
|        | Sticker Antimilitaristisches Manifest      | 10 Stck.                                                                                                                                 |                                                                                                              | Fr. 2.–     |       |
|        | Jasskarten                                 | <input type="checkbox"/> de Set <input type="checkbox"/> fr Set                                                                          |                                                                                                              | Fr. 5.–     |       |
|        | Feldpost-Päckli                            |                                                                                                                                          |                                                                                                              | Fr. 60.–    |       |
|        | Jubiläums-T-Shirts 40-Jahre GSoA:          |                                                                                                                                          |                                                                                                              |             |       |
|        | Stop the Army                              | unisex                                                                                                                                   | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 20.–    |       |
|        | Defend Earth, End War                      | unisex                                                                                                                                   | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 20.–    |       |
|        | Defund Military, Cultivate Peace           | unisex                                                                                                                                   | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 20.–    |       |
|        | Versandkostenanteil                        |                                                                                                                                          |                                                                                                              | Fr. 5.–     |       |
|        | Ich werde GSoA-Mitglied                    | <input type="checkbox"/> Verdienende Fr. 100.– <input type="checkbox"/> Nichtverdienende Fr. 50.–                                        |                                                                                                              |             |       |
|        | Spende                                     | <input type="checkbox"/> Fr. _____ <input type="checkbox"/> Fr. 50.– <input type="checkbox"/> Fr. 20.– <input type="checkbox"/> Fr. 10.– |                                                                                                              |             |       |
|        | Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich | <input type="checkbox"/>                                                                                                                 |                                                                                                              |             |       |
|        | Rechnungsbetrag                            |                                                                                                                                          |                                                                                                              |             |       |

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bestellung: GSa, CP 151, 1211 Genève 8, www.gsoa.ch/shop